

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

59. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. September 2002, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Peter Eichstädt (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

i.V. von Jutta Schümann

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i.V. von Irene Fröhlich

### **Weitere Abgeordnete**

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Verwaltungsstrukturreform</b>	<b>4</b>
<b>a) Themenschwerpunkte</b>	
(Vorschläge der Fraktionen)	
<b>b) Bestandsaufnahme</b>	
<b>aa) Rechtsgrundlagen</b>	
<b>bb) Reformvorschläge</b>	
<b>cc) Materialien</b>	
hierzu: Umdruck 15/2045	
<b>c) Beratungsverfahren</b>	
<b>aa) Verfahrensgrundsätze/Vorgehensweise</b>	
<b>bb) externe Beteiligung</b>	
<b>cc) fachliche Zuarbeit</b>	
<b>d) Zeitplan</b>	
<b>2. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Verwaltungsstrukturreform**

Abg. Schlie bezieht sich auf Presseartikel, nach denen die Landesregierung eine in der Staatskanzlei angesiedelte Strukturkommission eingerichtet hat. Er führt aus, der Innenminister habe in der Sitzung des Finanzausschusses bestätigt, dass auch das Innenministerium daran beteiligt sei. Zu vermuten sei, dass es zu Strukturveränderungen des Kabinetts und der Landesverwaltung komme. Er halte es für wenig sinnvoll, hier über Inhalte zu debattieren, die gegebenenfalls durch die Ergebnisse der Strukturkommission hinfällig würden. Daher schlage er vor, die Chefin der Staatskanzlei einzuladen, im Ausschuss über die Arbeit der Strukturkommission und insbesondere über die angedachte Zeitschiene zu berichten.

Abg. Heinold schließt sich diesem Vorschlag an. Sie erinnert daran, dass sie eine Große Anfrage zur Verwaltungsstrukturreform gestellt hat, und berichtet, dass die Staatskanzlei mit ihrem Einverständnis beabsichtige, die Antwort auf die Große Anfrage in die März-Tagung des Landtages einzubringen.

Abg. Puls stimmt diesen Äußerungen zu und wirft die Frage auf, welche Bereiche unabhängig von den bereits genannten bearbeitet werden könnten. Er schlägt die Bereiche interkommunale Funktionalreform, Stadt-Umland-Beziehungen sowie Finanzbeziehungen.

AL Dr. Lutz berichtet, die Strukturkommission werde von der Staatskanzlei geleitet. Sie sei nur mit Staatssekretären besetzt und solle die 90 bis 95 Fragestellungen untersuchen. Sie solle sechs oder sieben Arbeitsgruppen bilden, die ebenfalls nur mit Staatssekretären besetzt seien. Das oberste Prinzip dieser Strukturkommission sei Vertraulichkeit auch gegenüber leitenden Mitarbeitern der Ministerien. Es gebe eine Zeitplanung. Die nächste Sitzung sei festgelegt und strukturiert. Er befürchte allerdings, dass die Staatskanzlei eine Anfrage nach dem Inhalt der Beratungen mit dem Hinweis auf die Vertraulichkeit von Regierungsberatungen beantworten werde.

Abg. Heinold schlägt vor, die Chefin der Staatskanzlei einzuladen, um ihr Gelegenheit zu geben, dem Ausschuss über die Strukturkommission, insbesondere über die Zeitplanung, zu

berichten. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden. Als Zeitpunkt legt er die nächste Sitzung des Ausschusses, Mittwoch, 30. Oktober 2002, 13 Uhr, fest.

#### **a) Themenschwerpunkte**

Abg. Puls schlägt vor, die Beratungen des Ausschusses in die sechs Themenschwerpunkte zu gliedern, die aus dem Umdruck 15/2045 hervorgehen, nämlich erstens Allgemeines, zweitens Aufbau der Landesverwaltung, drittens Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen, viertens innerkommunale Funktionalreform/Stadt-Umland-Beziehungen, fünftens Deregulierung/Standardöffnung und sechstens Vorhaben anderer Bundesländer. Weiter schlägt er vor, zu den bereits vorliegenden Arbeitsmaterialien zu Punkt 1 die Kommissionsvorlage 15/49 hinzuzufügen.

Abg. Hinrichsen betont, ihr liege daran, dass durchgängig bei allen Schwerpunktthemen regionale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. - Abg. Schlie hält dies für richtig.

Abg. Hildebrand merkt an, dass es unterschiedliche Definitionen von Begriffen, etwa der Zweistufigkeit gebe. Er halte es daher für sinnvoll, Begriffe zu definieren. - Abg. Puls spricht sich dafür aus, eine Begriffsklärung da vorzunehmen, wo es notwendig ist. - Abg. Schlie hält es für sinnvoll, Begriffe daran zu orientieren, was man verfolgt. - In diesem Zusammenhang trägt AL Dr. Lutz die Definition des Innenministers zur Zweistufigkeit vor: Die Zweistufigkeit ist dann gegeben, wenn einer steuert und einer ausführt.

#### **b) Bestandsaufnahme**

Abg. Puls schlägt vor, dass das Innenministerium dem Ausschuss Unterlagen zum Aufbau der Landesverwaltung zur Verfügung stellt. - AL Dr. Lutz sagt dies zu und erklärt seine Bereitschaft, diese zu erläutern. - Abg. Puls weist auf die bereits in Umdruck 15/2045 enthaltenen Unterlagen hin und schlägt vor, diese zu aktualisieren. - AL Dr. Lutz sagt dies zu.

In diesem Zusammenhang kommt der Ausschuss überein, dass in der nächsten Sitzung über den Aufbau der Landesverwaltung berichtet wird.

Abg. Dr. Wadephul hält es für sinnvoll, sich mit der Situation in vergleichbaren Ländern zu beschäftigen. - AL Dr. Lutz schlägt vor, dem Ausschuss den Abschlussbericht der Enquete-Kommission in Mecklenburg-Vorpommern zuzuleiten. Darin seien - so führt er aus - viele Fragestellungen beleuchtet, die auch den Schleswig-Holsteinischen Landtag interessierten. Außerdem würden darin auch Reformüberlegungen anderer Bundesländer berücksichtigt.

**aa) Rechtsgrundlagen**

Abg. Puls bittet den Wissenschaftlichen Dienst, dem Ausschuss eine Sammlung der Rechtsvorschriften zur Verfügung zu stellen. - Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

**bb) Reformvorschläge**

Abg. Puls regt an, dass der Wissenschaftliche Dienst eine sachliche Gliederung sowie ein Inhaltsverzeichnis der vorliegenden Vorschläge in Zusammenarbeit mit ihm erstellt. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

**cc) Materialien**

Abg. Puls merkt an, dass Beratungsgrundlage des Ausschusses auch der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, Drucksache 15/84, der Antrag der Fraktion der CDU betr. Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1644, sowie der Bericht der Landesregierung über die Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1565, sind. - Der Ausschuss stimmt damit überein.

**c) Beratungsverfahren****aa) Verfahrensgrundsätze/Vorgehensweise**

Abg. Puls schlägt vor, auch die Kommissionsvorlage 15/50 in die Beratungsunterlagen aufzunehmen. Außerdem schlägt er vor, dass Grundlage der Beratungen die vorliegenden Stellungnahmen zur interkommunalen Zusammenarbeit sind. - Auch damit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

**bb) externe Beteiligung****cc) fachliche Zuarbeit**

Abg. Puls spricht sich dafür aus, möglichst kein Gutachten in Auftrag zu geben, sondern den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages mit der fachlichen Zuarbeit zu beauftragen. - Abg. Schlie erklärt sich damit einverstanden. Er merkt an, dass der Ausschuss auch das Kirchhoff-Gutachten zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und den Kommunen untereinander in die Beratungen einzubeziehen hat. Außerdem schlägt er vor, die jeweils zuständige Regierungsebene einzuladen. Dazu regt Abg. Dr. Wadephul an, dass der Ausschuss

ein Signal dann gibt, wenn eine bestimmte Regierungsebene bei den Beratungen im Ausschuss als sinnvoll erscheint.

#### **d) Zeitplan**

Abg. Puls legt dar, der Landtag habe sich in einem ersten Schritt mit der kommunalen Verfassung beschäftigt. Der zweite Schritt sei die Verwaltungsstrukturreform, ein dritter seien die kommunalen Finanzbeziehungen. Er stellt die Überlegung in den Raum, die Beratungen zum Bereich Verwaltungsstrukturreform bis Ende 2003 abgeschlossen zu haben.

Abg. Hildebrand spricht sich dafür aus, gegebenenfalls Teilbereiche im Rahmen der Strukturreform zeitnah umzusetzen.

Abg. Heinold schlägt vor, zu überlegen, welche Themenbereiche in welcher Zeitfolge diskutiert werden sollten. Sie hielte es für ein gutes Ergebnis, wenn es dem Landtag gelingt, eines der sechs Beratungsthemen bis Ende nächsten Jahres zu Ende diskutiert zu haben.

Als nächste Beratungstermine legt der Ausschuss fest Mittwoch, den 30. Oktober 2002, 13 Uhr (bis voraussichtlich 14 Uhr, danach weitere Beratungspunkte). Im Rahmen dieser Sitzung soll die Staatssekretärin der Staatskanzlei gebeten werden, über die Strukturkommission, insbesondere deren Zeitplanung, zu berichten, sowie das Innenministerium, einen Bericht über den Aufbau der Landesverwaltung beziehungsweise rechtliche Grundlagen zu geben.

Der Ausschuss verständigt sich ferner darauf, den Vertretern der kommunalen Landesverbänden - analog zu den Beratungen des Sonderausschusses - Gelegenheit zu geben, den Ausschuss in seinen Beratungen zu unterstützen und ihnen im Rahmen dieser Beratung Rederecht zuzugestehen. Außerdem soll der Landesrechnungshof gebeten werden, den Ausschuss bei seinen Beratungen zu unterstützen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

AL Dr. Waack unterrichtet den Ausschuss darüber, dass heute vor dem OVG eine mündliche Verhandlung in Sachen Wahlprüfung anberaumt ist.

Nach Aussage von Abg. Schlie ist auf der Beförderungskonferenz der GdP von AL Ziercke die Personalsituation im Bereich der Polizei mit einer Vielzahl von Materialien vorgestellt worden. Er bittet das Ministerium, dem Ausschuss dieses Zahlenkonvolut zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Wadephul merkt an, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss die Antworten des Innenministeriums auf die schriftlich gestellten Fragen der Fraktionen nicht vorgelegen hätten, sodass keine Nachfragen möglich gewesen seien. Er schlägt daher vor, den Innenminister zu bitten, im Rahmen der nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses dazu Stellung zu nehmen. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Der Ausschuss beauftragt den Wissenschaftlichen Dienst, eine Synopse zu den Anhörungsergebnissen des Sparkassengesetzes zu erstellen. Darin enthalten sein sollen Änderungsvorschläge sowie eine Kurzdarstellung der jeweiligen Stellungnahme.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Monika Schwalm  
Vorsitzende

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin